

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT**

Abgeordnete Eva Viehoff, Julia Willi Hamburg, Susanne Menge (Bündnis 90/Die Grünen)

Wie weit ist Landesregierung bei der Umsetzung und Förderung zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen für die jüdischen Gemeinden in Niedersachsen? – Teil 1

Anfrage der Abgeordneten Eva Viehoff, Julia Willi Hamburg und Susanne Menge (Bündnis 90/Die Grünen) an die Landesregierung, eingegangen am

Nach dem rechtsextremen Terroranschlag auf eine Synagoge in Halle im Oktober 2019 sprachen sich sowohl der Niedersächsische Landtag als auch die Landesregierung für eine Erhöhung der Sicherheit der jüdischen Gemeinden in Niedersachsen aus. Der Verband der Liberalen Jüdischen Gemeinden forderte, dass neben Synagogen auch Einrichtungen wie jüdische Kindergärten stärker geschützt werden sollten (HAZ vom 18.10.2019). In seiner Haushaltssitzung im Dezember 2019 erhöhte der Landtag die Mittel an die jüdischen Gemeinden nach einem Brief der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an die anderen Fraktionen. Das Landeskriminalamt (LKA) hat danach gemeinsam mit den jüdischen Gemeinden neue Sicherheitskonzepte und entsprechende Kostenvoranschläge erarbeitet. Doch bisher ist kein Geld geflossen. In anderen Bundesländern sei das Geld bereits geflossen, sagt der jüdische Zentralrat. Zudem kritisieren die jüdischen israelitischen Kultusgemeinden in Niedersachsen, dass die Erhöhung der Staatsleistungen nicht ausreiche und in damaligen Gesprächen ein zusätzlicher Fördertopf für Sicherheit beim Innenministerium vereinbart worden sei. Laut Innenministerium gibt es einen solchen Fördertopf nicht. (NP vom 12.06.2020).

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie hat die Landesregierung die Zuständigkeiten für die beschlossenen zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen geregelt?
2. Wurde für die beschlossenen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz der jüdischen Gemeinden in Niedersachsen ein Sonderfonds gebildet?
3. Wenn ja, wie und wo wird dieser innerhalb der Landesregierung verwaltet?

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT**

Abgeordnete Susanne Menge, Eva Viehoff, Julia Willi Hamburg (Bündnis 90/Die Grünen)

Wie weit ist Landesregierung bei der Umsetzung und Förderung zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen für die jüdischen Gemeinden in Niedersachsen? – Teil 2

Anfrage der Abgeordneten Susanne Menge, Eva Viehoff und Julia Willi Hamburg (Bündnis 90/Die Grünen) an die Landesregierung, eingegangen am

Nach dem rechtsextremen Terroranschlag auf eine Synagoge in Halle im Oktober 2019 sprachen sich sowohl der Niedersächsische Landtag als auch die Landesregierung für eine Erhöhung der Sicherheit der jüdischen Gemeinden in Niedersachsen aus. Der Verband der Liberalen Jüdischen Gemeinden forderte, dass neben Synagogen auch Einrichtungen wie jüdische Kindergärten stärker geschützt werden sollten (HAZ vom 18.10.2019). In seiner Haushaltssitzung im Dezember 2019 erhöhte der Landtag die Mittel an die jüdischen Gemeinden nach einem Brief der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an die anderen Fraktionen. Das Landeskriminalamt (LKA) hat danach gemeinsam mit den jüdischen Gemeinden neue Sicherheitskonzepte und entsprechende Kostenvoranschläge erarbeitet. Doch bisher ist kein Geld geflossen. In anderen Bundesländern sei das Geld bereits geflossen, sagt der jüdische Zentralrat. Zudem kritisieren die jüdischen israelitischen Kultusgemeinden in Niedersachsen, dass die Erhöhung der Staatsleistungen nicht ausreiche und in damaligen Gesprächen ein zusätzlicher Fördertopf für Sicherheit beim Innenministerium vereinbart worden sei. Laut Innenministerium gibt es einen solchen Fördertopf nicht. (NP vom 12.06.2020).

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie wurde die Ausgestaltung einer erweiterten Finanzierung von zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen in Gesprächen mit Vertreter*innen der jüdischen Gemeinden und Verbänden vereinbart? (Bitte Daten, Gesprächsteilnehmer*innen und mögliche Mitschriften anfügen.)
2. Wurden mit Stand Ende Mai 2020 schon Maßnahmen genehmigt? (Wenn ja, bitte auflisten wo und wieviel. Wenn nein, bitte begründen.)
3. Plant die Landesregierung ab dem Haushalt 2021 Mittel zur Sicherung jüdischer Einrichtungen zu verstetigen? (Wenn nein, bitte begründen.)